

## Politische Kultur und die Wirtschaftskrise Südostasiens\*

Vincent Houben

*Since the summer of 1997 Southeast Asia is facing a deep economic crisis, which has ended decades of sustained economic growth. The causes of the crisis can be linked to concrete developments in the financial and trading sector. At the same time the IMF-programs aim at structural reform of the economies involved. Many Southeast Asians, however, feel that the West tries to undermine their own economic culture. In the political field, the crisis has sparked off changes of government that put reform-minded politicians in charge of a number of Southeast Asian countries. Yet, in insular Southeast Asia things have turned out to be more complex, Indonesia going through a halfway system change and Malaysia torn by a political power struggle. At a more fundamental level, in the whole region a new political culture is emerging in which civil society plays a bigger role than formerly. The social pressures unleashed by the crisis may contribute to the emergence of more open political and economic systems in the region, although a backlash cannot be ruled out.*

Seit dem Sommer 1997 hat sich die Situation in Südostasien tiefgreifend verändert. Jahrzehntlang war diese Weltregion mit weit über 450 Mio. Einwohnern ein Muster rapiden wirtschaftlichen Aufstiegs und sozialen Wandels. Der wirtschaftliche Aufstieg der ASEAN-5 Länder (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur und Thailand) war auf den ersten Blick tatsächlich sehr beeindruckend: Das jährliche Wachstum des BSP betrug in den letzten zehn Jahren durchschnittlich 8%. In den 30 Jahren vor der Krise ist das Pro-Kopf-Einkommen in Südkorea um das Zehnfache gestiegen, um das Fünffache in Thailand und um das Vierfache in Malaysia, während das Einkommensniveau in Hongkong und Singapur das mancher westlicher Industrieländer überstieg (Stanly Fischer, 22.01.1998).

Das Interesse an der Region, das bis vor kurzem nur von einer relativ kleinen Gruppe ausging, weitete sich vor allem in der ersten Jahreshälfte 1998 stark aus. Politiker, Wirtschaftler und öffentliche Medien im Westen wurden von einem Tag zum anderen zu Asienexperten und schütteten eine Sintflut von Beobachtungen und Analysen aus, allerdings ohne tiefere Hintergrundkenntnisse. Am Anfang überwog vielleicht bei manchen die Schadenfreude über das angebliche Scheitern des Asiatischen Erfolgsmodells, das an Ineffizienz und Korruption gescheitert zu sein schien. Aber es herrschte auch Verunsicherung, weil man die Implikationen der Asienkrise für die eigene Nationalwirtschaft fürchtete. Es gab Wirtschaftsexperten, die meinten,

---

\* Dieser Aufsatz ist eine überarbeitete Version der Antrittsvorlesung des Autors am 22.07.98 an der Universität Passau.

daß sich alles weiterhin im asiatischen Bereich abwickeln würde, wobei nicht nur Japan, sondern auch China eine wichtige Rolle zugerechnet wurde. Ein anderes Szenario war, daß die Schwellenländer außerhalb Asiens (in Lateinamerika und Osteuropa) auch eine Vertrauenskrise erleben werden. Einige Pessimisten schließlich sagten eine weltweite Wirtschaftskrise voraus. Mittlerweile scheint es wahrscheinlich, daß das schlechteste Szenario nicht eintreten würde, obwohl es in diesem Herbst zu massiven Kurseinbrüchen an den amerikanischen und europäischen Börsen gekommen ist. Lateinamerika, Rußland und Osteuropa sind jedoch in Mitleidenschaft gezogen worden.

In diesem kurzen Aufsatz versuche ich einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse im wirtschaftlichen Bereich im asiatischen Raum in den letzten 16 Monaten und die unmittelbaren sozialen Konsequenzen, die daraus resultierten, zu geben. Danach werde ich mich mit den Folgen beschäftigen, die diese Ereignisse innerhalb Südasiens im politischen Bereich ausgelöst haben. Zum Schluß versuche ich einen mehr vertieften Ansatz über die Implikationen der Wirtschaftskrise für die politische Kultur der Region Südostasien zu verfolgen. Eine ausschlaggebende Quelle dabei ist das Internet, nicht nur weil wichtige Institutionen dort ihre Berichte zugänglich machen oder regionale Zeitungen sich abrufen lassen, sondern auch weil im Bereich der heutigen politischen Debatte innerhalb Südasiens das Internet eine bevorzugte Schiene ist, über die der richtunggebende Gedankenaustausch stattfindet. Der gegenwärtige Umbruch im Denken wird deshalb von Journalisten als "Internet Revolution" bezeichnet.

## **I. Die wirtschaftliche Dimension der jüngsten Entwicklungen in Südostasien**

Was waren die Hauptursachen der Südostasienkrise? Die meisten Wirtschaftsexperten sind sich in den folgenden zwei Punkten einig.

Erstens: monetäre Entwicklungen und Exportverzögerung. Schon 1985 verteuerte sich der japanische Yen gegenüber dem Dollar. Um Exportprobleme zu vermeiden wurde ein Teil der Produktion auf Taiwan und Korea verlegt, weil in Japan selber monetäre Expansion stattfand. Ende der 80er Jahre gerieten die Volkswirtschaften von Südkorea und Taiwan ebenfalls unter Druck, ihre Währungen aufzuwerten, wodurch dieselben Effekte auftraten: monetäre Expansion, Erhöhung der Preise für Konsumgüter im Inland und ein großer Kapitalfluß in die südostasiatischen Länder. Diese haben jahrelang ihre Währungen an den Dollar gekoppelt, aber als der Dollar in den letzten Jahren immer teurer wurde, brachte das eine wesentliche Überbewertung und einen Rückgang im Exportbereich mit sich.

Zweitens: falsche Anlage von Kapitalinvestitionen durch schwache Finanzinstitutionen. Das schnelle Wirtschaftswachstum der sogenannten Schwellenländer Südasiens, wo rapide Produktionssteigerung von niedriger Inflation und dem Fehlen großer Finanzdefizite des Staates begleitet wurde, zog große Mengen Kapitalinvestitionen an. In Indonesien, Südkorea und Malaysia wurden, im Gegensatz zu China und Vietnam, nicht so sehr direkte Auslandsinvestitionen getätigt, sondern kurzfristige Dollarkredite an lokale Finanzinstitutionen vergeben. Diese haben die Gelder

in Lokalwährung verliehen und sind dabei ein Valutarisiko eingegangen. Zum Teil wurde dieses Auslandskapital dazu herangezogen, um Defizite in der Leistungsbilanz (*current account*) zu begleichen. Außerdem wurde dieser Zufluß von kurzfristigem Kapital durch den schwachen Finanzsektor nicht sachlich vernunftig verwendet, vieles diente zum Beispiel zur langfristigen Finanzierung von riesigen Immobilienprojekten. Die internationalen Kreditgeber hatten das Risiko der Vergabe von Krediten an südostasiatische Banken nicht richtig beurteilt, und zugleich sind lokale Banken davon ausgegangen, daß sie von den Regierungen geschützt würden, und haben schlechte Anleihen nicht abgeschrieben.

Der Nobelpreisträger Merton Miller schrieb darüber:

Wirtschaftler zukünftiger Generationen, wenn sie auf die späten 1990er Jahre zurücksehen, werden sich fragen, wie Banken und Behörden in Japan und anderswo in Asien die Situation so lange ignorieren konnten. Im Fall von Malaysia, Indonesien und Korea wird eine Teilantwort sicherlich lauten, daß die schlechten Anleihen nicht nur normale kommerzielle Anleihen waren, die schiefgegangen sind, sondern politische Anleihen, die die Industriepolitik des Landes reflektierten. Diese abzuschreiben, würde die Regierungen in enorme Verlegenheit gebracht haben (Miller, 22.01.98).

Als die äußeren Bedingungen sich änderten und die Anleihen durch Wahrungsverfall nicht mehr zurückgezahlt werden konnten, kam auch der fragwürdige Charakter der Investitionen ans Licht. Die finanzielle Seifenblase platzte, als die Investoren das Vertrauen verloren und ihr Geld massiv zurückzogen. Die Währungen und Aktienkurse sanken sehr stark, inländische Kapitalmärkte zerbrachen, Banken und Unternehmen konnten ihre Schulden nicht mehr begleichen und waren technisch bankrott (Marcus Noland, 04.02.1998).

Mittlerweile sinken die Prognosen für die Entwicklung der südostasiatischen Volkswirtschaften für das Jahr 1998 immer weiter. Kein Land der Region kann, auch bei positiver Entwicklung, ein neutrales oder ein geringes Wachstum des BNP verzeichnen, wie es vor einigen Monaten noch hieß. Der IWF hat prognostiziert, daß die Nationalwirtschaften von Indonesien, Malaysia, Philippinen und Thailand mehr als 10 Prozent schrumpfen werden. Im zweiten Jahresviertel sind auch Hongkong und Südkorea mit 5 beziehungsweise 6,6 Prozent zurückgegangen (Keenan u.a. 1998, S. 11). Wenn wir annehmen, daß die Nationalwirtschaft Indonesiens im Jahr 1998 um 15% schrumpft, ist das innerhalb eines Jahres mehr als während der ganzen Krise der 30er Jahre!

Die sozialen Folgen der Krise in Südostasien sind äußerst gravierend: Massenarbeitslosigkeit in einem Moment, wo primäre Konsumgüter durch den Wahrungsverfall fast unbezahlbar geworden sind. Die Senkung der Armutsrate, einer der auffallendsten Erfolge des Wirtschaftswachstums, verkehrt sich wieder ins Gegenteil. 1997 veröffentlichte die Weltbank eine Studie über Ostasien, die den Rückgang der Armut dort unter Beweis stellte:

**Tabelle 1. Entwicklung der Armut in Südostasien zwischen 1975 und 1995 (Prozent der Gesamtbevölkerung)**

Land	1975	1995
Malaysia	17,4	< 1,0
Thailand	8,1	< 1,0
Indonesien	64,3	11,4
Philippinen	35,7	25,5
Vietnam	k.A.	42,2

Quelle: Ahuja 1997, S. 6-7. Die Armutsgrenze ist US\$ 1 pro Tag nach den Preisen von 1985.

Eine jüngste Studie des indonesischen statistischen Amtes rechnet damit, daß bei Jahresende 1998 die absolute Armutsrate auf 50% (96 Mio. Menschen) angestiegen sein wird und, wenn die Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse 1999 andauert, bis zu 70% (140 Mio.) der Gesamtbevölkerung erreichen wird (BPS 1998). Weil der rurale Sektor nicht mehr aufnahmefähig ist, werden die Armen dazu gezwungen, ihr Brot im informellen Sektor der Großstadt zu verdienen (Siehe: World Bank 1998; Berman 1998).

Nicht nur das Einkommen ist betroffen. Auch nicht-monetäre Wohlfahrtsindikatoren geben Warnsignale. Sehr viele Kinder verlassen die Schulen, weil sie zu teuer geworden sind oder weil die Kinder arbeiten müssen, um das gesunkene Familieneinkommen aufzubessern. In Thailand schätzten die Autoritäten, daß 150.000 von 1 Mio. Kindern ihre Sekundarschulen schon verlassen haben (Vatikiotis 1998, S. 18-19).

Vermutlich wäre das Ausmaß der Krise noch größer gewesen, wenn nicht der Internationale Währungsfonds interveniert hätte. Diese 1944 errichtete Organisation hat zur Aufgabe, die Funktion und Stabilität des weltweiten Finanzsystems zu fördern und im Falle von Krisen mittels Krediten Beihilfe zu leisten. Dazu zahlen die 181 Mitgliedsländer Quotenbeiträge, die nach der Mexicokrise erhöht worden sind, aber für die Bekämpfung der heutigen Krisen, auch in Rußland, Osteuropa und Lateinamerika, nicht ausreichen. Die Vergabe von Krediten zielt darauf hin, die wirtschaftliche Situation zu stabilisieren und zugleich Reformzusagen zu bekommen, die eine wirtschaftliche Erholung und mittelfristige Rückzahlung der Krediten gewährleisten.

Jedoch bestehen heftige Meinungsverschiedenheiten über die Art und Weise, wie der Internationale Währungsfonds gegen die Asienkrise vorgegangen ist. Die Rezepte des IWF für Asien waren klar und sind denen ähnlich, die nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in Rußland und Osteuropa angewendet wurden: strukturelle Umschichtung des Finanzsektors, Beseitigung von Hindernissen, die einen freien Zugang von ausländischem Kapital hemmen, Steuermaßnahmen wie höhere Steuersätze und weniger Regierungsausgaben und Einschränkung von Krediten durch höhere Zinsen.

Der IWF hat in Thailand und Indonesien im vergangenen Jahr, nach Meinung des Harvard Wirtschaftsprofessors Martin Feldstein, eine weitaus dominantere Rolle gespielt als in den 80er Jahren in Lateinamerika: Statt Privatbanken zu mobilisieren, um die Finanzprobleme durch Sonderkredite zu lösen, und eine beratende Aufsichtsrolle zu erfüllen, ist der IWF selbst als Kreditverleiher aufgetreten und hat eingreifende Strukturänderungen gefordert (Feldstein 1998).

Jeffrey Sachs, Leiter des Instituts für Internationale Entwicklung in Harvard, hat schon Ende 1997 die Legitimität des IWF selbst in Frage gestellt. Der IWF ist keiner öffentlichen Kontrolle unterworfen, spielt jedoch eine entscheidende Rolle im Auflegen von wirtschaftlichen Bedingungen, die sich sehr einschneidend auf das Leben von 350 Mio. Menschen in Indonesien, Südkorea, den Philippinen und Thailand auswirken. Außerdem wurden die Falschen geschützt und waren die verlangten makro-ökonomischen Anpassungen überzogen:

Diese Umschuldungsoperationen, wenn korrekt verwendet, können damit enden, daß sie ein paar Dutzend internationalen Banken helfen, Verluste durch risikoreiche Kredite zu vermeiden, indem sie asiatische Regierungen dazu zwingen, die Verluste von privaten Transaktionen aufzudecken, die negativ ausgegangen sind. [...] Es gibt keine 'fundamentale' Ursache für Asiens finanziellen Notstand, außer finanzieller Panik selbst. Die Notwendigkeit für eine durchgreifende Reform des Finanzsektors in Asien ist da, aber keine ausreichende Ursache für die Panik und keine Rechtfertigung für grobe makro-ökonomische Anpassungen (Sachs, 11.12.1997).

Die Antwort von seiten des IWF war, wie man erwarten konnte: Märkte hätten vielleicht überreagiert, aber dahinter steckten tatsächliche Probleme, die Intervention des IWF sei berechtigt gewesen, weil ohne diese Initiative alles nur viel schlimmer abgelaufen wäre. Zinsraten seien erhöht worden, um eine weitere Kapitalflucht zu verhindern, während zugleich wichtige Ansätze zur Reform des Finanzsektors gemacht worden seien. Michael Camdessus, Direktor des IWF, stellte Anfang April 1998 fest, daß die asiatische Krise noch nicht vorbei sei, aber daß das Vertrauen in die Wirtschaften Koreas und Thailands zurückkehrte, weil ihre Aktienmärkte und Währungen sich von den Tiefpunkten im Dezember und Anfang Januar teilweise erholt hätten (Camdessus, 02.04.98).

Im Hintergrund spielt eine andere, ganz fundamentale Frage eine Rolle: Inwieweit bedeutet die Krise das Ende des sogenannten Asiatischen Modells des Kapitalismus? Die Ursachen für die Krise sollten nicht die unregulierte Marktwirtschaft gewesen sein, sondern die Strukturfehler des asiatischen Kapitalismus. Es ist klar, daß das rapide Wirtschaftswachstums der asiatischen Schwellenländer nicht von Merkmalen der freien Wirtschaft geprägt war, sondern von einer gezielten Industriepolitik der Behörden, nur eingeschränkter Integration in die Weltwirtschaft, einem gelenkten Finanzsektor, Behinderung von Importen und Auslandsinvestitionen in bestimmten Sektoren, Überlappungen zwischen öffentlichem und Privatsektor und hohen Verschuldungsraten von Unternehmen im Vergleich zum Eigenkapital der Aktienbesitzer.

Jedoch lassen sich die unterschiedlichen Entwicklungen der einzelnen Nationalwirtschaften in Südostasien kaum unter einen Hut bringen. Noch vor Ausbruch der

Krise hat der malaysische Wirtschaftsexperte K.S. Jomo grundlegende Kritik an Studien von Weltbank und Asiatischer Entwicklungsbank geübt, die die asiatische Entwicklung als einheitliches Wirtschaftswunder bezeichnet hatten. Es gab seiner Meinung nach kein einziges ostasiatisches Modell. Vor allem sollte ein Unterschied gemacht werden zwischen erstrangigen asiatischen Schwellenländern (Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur) und zweitrangigen wie Malaysia, Indonesien und Thailand. Eine entscheidende Rolle spielte eine Verschiebung innerhalb Ostasiens von der ersten zur zweiten Gruppe (Jomo 1997, S. 153-162). Eine solche Analyse macht ein ähnliches Vorgehen des IWF in den unterschiedlichen Ländern Südasiens natürlich fragwürdig.

Stanley Fischer hat genau angesprochen, auf welche Aspekte die Strukturreformprogramme des IWF zielen, als er in Tokio am 8. April 1998 die Reformprogramme in Thailand, Indonesien und Korea kommentierte:

Restrukturierung des Finanzsektors und andere Strukturreformen sind die Herzstücke jedes Programmes, weil die Probleme, die sie berühren - schwache Finanzinstitutionen, ungenügende Aufsicht und Regulierung der Banken und die komplizierten und undurchsichtigen Verhältnisse zwischen Regierungen, Banken und Unternehmen - die Hauptgründe der Wirtschaftskrise in jedem Land sind (Fischer, 08.04.98).

Es ist ohne weiteres verständlich, daß die politischen Führer Asiens eine derartige Analyse nicht gerne unterstützen, daß die meisten aber zugleich von weiteren Krediten des IWF abhängig und daher gezwungen sind, die Grundstruktur ihrer Interventionswirtschaft zu beseitigen. Mittlerweile vermuten viele dort, daß hinter dem Auftreten des IWF eine amerikanische Ideologie steckt, daß die westliche Form von freier Marktwirtschaft, im Zusammenhang mit westlicher Demokratie, der einzig richtige Weg für die asiatischen Länder sei, nun, da die Wirtschaftskrise den Beweis dafür geliefert habe, daß der asiatische Weg der Entwicklung endgültig scheitern mußte. Die Südasiaten befürchten also eine Situation, bei der die Wirtschaft ganz von westlichen *global players* kontrolliert werden würde. Es gibt jedoch heutzutage einen Konsens unter den Führern der Weltmächte, daß vielleicht die neoliberale Ideologie des freien Marktes zu weit getrieben worden ist und daß die Finanzmärkte mehr reguliert werden sollten. Die ersten Schritte zur Eindämmung der freien Kapitalbewegungen sind schon nach dem Weltbank- und IWF-Gipfel im Oktober in Washington getroffen worden.

Überall in den betroffenen Ländern Südasiens wird inzwischen von Wirtschaftsexperten und Politikern auf Lockerung des IWF-Kurses gedrängt. Die Volkswirtschaften sind mittlerweile eher "unterkühlt" anstatt "überhitzt". Anfang Juli 1998 kamen 50 führende Thai-Akademiker und Unternehmer in einem geschlossenen Forum unter dem Titel "Kann Thailand gerettet werden?" zusammen. Der ehemalige Wirtschaftsminister Virabongsa Ramangkura, der Mann, der viel zum wirtschaftlichen Aufstieg Thailands beigetragen hat, kritisierte die Sparpolitik des IWF und verteidigte eine Verschiebung auf eine Wachstumspolitik, um auszusprechen, daß Thailand in der sogenannten Liquiditätsfalle gefangen wird (*The Nation*, 06.07.1998).

Die englische Übersetzung des Buches *Die Globalisierungsfalle* von zwei deutschen Journalisten, Hans-Peter Martin und Harald Schuhmann, ist in Thailand zur Zeit in Elitekreisen sehr populär. Sie warnen u.a. davor, daß die entfesselte Ökonomie zu gewaltigen Jobeinbrüchen und einem Zerfall des ganzen sozialen Gefüges führen könnte. Gleichzeitig sollten die asiatischen Wirtschaftsplaner recht behalten, wenn sie mit ihrem ständigen Eingreifen in die eigene Nationalwirtschaft Wirtschaftserfolg herbeiführten (Martin & Schumann 1996, S. 146-147, 200). In Indonesien wurde vor dem Kriseneinbruch in Elitekreisen das Buch *Megatrends* von John Naisbitt viel diskutiert. Er schrieb über eine Megaverschiebung, die die Modernisierung Asiens zur Folge gehabt hat, wodurch eine Belehrung Asiens durch den Westen fehl am Platz ist. Ein Haupttrend ist seiner Meinung nach eine Asianisierung der Welt, so daß der Westen nicht mehr die dominante Größe ist (Naisbitt 1995, S. 17-18, 387). Trotz der Krise ist diese Vision bei den Indonesiern weiter vorhanden, weil von vielen Wahrsagern nur eine zeitlich beschränkte Unterbrechung des weiteren Aufstiegs vorhergesagt wird. Es ist deshalb zu verstehen, daß sogar in den süd-ostasiatischen Ländern, die den IWF-Kurs verfolgen, das moralische Recht auf ein eigenes Wirtschaftsmodell sehr viel Anklang findet und daß man eine erneute oder sogar weiterführende westliche Dominanz nicht hinnehmen wird. Schließlich muß Huntingtons Buch über die Kollision der Kulturen erwähnt werden, worüber ein einflußreicher indonesischer Historiker meinte, daß die Muslime bestimmt froh waren, daß die islamische Kultur als gleichrangig mit der westlichen dargestellt wurde und Indonesien sich vielleicht als Herzland des Islams etablieren könnte (Abdullah 1998, S. 87, 90-91).

## II. Die politischen Dimensionen der Wirtschaftskrise

Der einflußreiche amerikanische Südostasienwissenschaftler Ben Anderson denkt, daß die Bedingungen für das schnelle Wirtschaftswachstum Südostasiens nicht mehr vorhanden sind. Dazu gehörten politische und soziale Komponenten wie der Aufstieg Japans nach dem Zweiten Weltkrieg, die Abschottung des kommunistischen Chinas, die wichtige Rolle überseeischer Chinesen und die Investitionen der Vereinigten Staaten während des kalten Krieges. Südkorea mit seinen Industrieprodukten von Weltklasse wird sich seiner Meinung nach schnell erholen, aber ob das bei den anderen Ländern der Fall sein wird, ist fraglich. Länder wie Thailand, Malaysia, Indonesien und die Philippinen haben eine qualitativ hochwertige Bildung vernachlässigt, inländische Investoren haben sich auf politisch abgeschirmte Sektionen der Inlandswirtschaft konzentriert, weil der Exportsektor völlig von Auslandsinvestoren dominiert war und schließlich haben Indonesien und Malaysia ihre natürlichen Ressourcen teilweise vernichtet (Anderson, April 1998).

Vielleicht ist es so, daß sich die Eckpunkte des inneren politischen Systems in den meisten Ländern Südostasiens, mit Ausnahme Indonesiens, bewähren können und daß ein Systemwechsel ausbleibt. Zugleich kann jeder feststellen, daß die Krise innerhalb der existierenden Systeme zu erheblichen Spannungen geführt hat. Viele Regime waren teilweise von Leistungserfolg (*performance legitimacy*) abhängig und nun, da der wirtschaftliche Wohlstand nicht mehr vorhanden ist, wird die politische Ordnung neu in Frage gestellt. Dabei sollten nicht nur Strukturaspekte der

politischen Systeme in Betracht gezogen werden, sondern auch historische Prozesse und letztendlich auch die Frage nach politischer Kultur in den Ländern Südostasiens.

In manchen Ländern hat die Unfähigkeit oder Mitverantwortlichkeit der im Amt befindlichen Regierung zu einem baldigen Regierungswechsel geführt, manchmal war ein Regierungswechsel bereits vorgesehen. Keinen gravierenden Machtwechsel hat es in Thailand, Südkorea und auf den Philippinen gegeben. Im November 1997 wurde der thailändische Premier Chavalit gezwungen, nach Volksprotesten wegen Unentschlossenheit in der Wirtschaftskrise abzutreten. Es folgte nicht, wie früher üblich, ein Militärputsch, sondern eine reguläre zivilpolitische Machtübergabe, unterstützt durch König Bhumibol und das Militär. Chavalit wurde durch Chuan Leekpai ersetzt, der mit seiner Demokratischen Partei eine schwache Koalitionsregierung formierte; das Trauma von 1992 wollte man nicht wiederholen. Diese sitzt jedoch immer fester im Sattel, weil sie vom Ausland wegen ihrer IWF-konformen Reformpolitik positiv bewertet wird und weil die Thai selbst ihn als integere Person hoch schätzen. Durch den Regierungswechsel ist also mehr Kompetenz und Legitimation im politischen Bereich entstanden.

In Südkorea gewann am 19. Dezember 1997 der Oppositionsführer Kim Dae Jung die Präsidentschaftswahlen. Er ging sofort an die Arbeit, verkündete überall, vor allem den Leitern der Chaebol oder Großkonglomerate, daß die Krise keine Naturkatastrophe oder Auslandsinvasion sei, sondern verursacht durch Verschleuderung geliehener Gelder, wofür die Koreaner selbst verantwortlich seien (Shim Jae Hoon 1998, S. 18). Durch seine guten Verbindungen zu den Gewerkschaften sind Massenentlassungen erleichtert worden. Kim Dae Jung war sein Leben lang ein Befürworter der Demokratie, die es, seiner Meinung nach, in Asien schon längst gab, als im Westen Gesellschaften noch von feudalen Herrschern geleitet wurden.

In den Philippinen hat Ende Juni der ehemaligen Vize-Präsident und Exfilmstar Joseph Estrada die Präsidentschaft angetreten. Er hatte die Wahl gewonnen, indem er sich als Held des normalen Volkes ausgab. Die Angst vor einem manipulierten Wahlergebnis durch Jose de Venecia, unterstützt durch den vorigen Präsidenten und Exmilitär Fidel Ramos, hat sich als unbegründet erwiesen. Es gab 1986 schon eine People's Power Revolution und seitdem treten die katholische Kirche, geführt von Kardinal Sin und die Expräsidentin Cory Aquino als Verteidiger der Demokratie auf. In diesen drei Ländern bestehen also politische Strukturen, die es ermöglichen, Krisensituationen durch einen Regierungswechsel abzuschwächen und vom Volk sanktionierte Reformarbeit durchzuführen.

In den islamischen Teilen Insel-Südostasiens stellt sich die Situation jedoch erheblich komplizierter dar, und es sieht so aus, als ob die Wirtschaftskrise eine Krise des gesamten politischen Systems auslösen könnte. Malaysia und Indonesien wurden bis vor kurzem beide von autoritären, monolithischen anstatt pluriformen Machtkonstellationen beherrscht, unter der Leitung von führenden Persönlichkeiten aus der Generation, die die Erlangung der Unabhängigkeit von den Kolonialherren selbst erlebt hat. Mittlerweile hat die "Nummer 1" Indonesiens, Suharto, aufgeben müssen, aber Mahathir, 72 Jahre alt und schon 17 Jahre an der Macht, versucht durchzuhalten, um den durch eigene Errungenschaften erzielten Erfolg wiederbeleben zu können.



Seit dem Beginn der Krise war Mahathir innerhalb der Regierungspartei UMNO immer mehr unter Druck geraten. Der ehemalige Vize-Premier und Finanzminister Anwar Ibrahim, der seit Jahren ein sehr gutes Verhältnis zum heutigen indonesischen Präsidenten Habibie hat, machte seit dem Rücktritt Suhartos am 21. Mai 1998 einen immer unabhängigeren Eindruck. Er setzte in seinen Auftritten neue thematische Signale, wie Kampf gegen Korruption, Nepotismus und die Notwendigkeit von Reformen (Jayasankaran 1998, S. 18-20). Anfang März wurde die New Economic Policy, die fast zwei Jahrzehnte lang die Malaien vor den Chinesen bevorzugt hat, zum größten Teil eingestellt.

Der Machtkampf zwischen Mahathir und Anwar hat sich am 2. September 1998 dramatisch entladen. Anwar wurde plötzlich entlassen und später unter dem Vorwurf von Korruption und Homosexualität verhaftet. Im Gefängnis wurde er angeblich verprügelt, was dazu führte, daß der heutige indonesische Präsident B.J. Habibie einen Besuch in Kuala Lumpur absagte und Estrada in der Öffentlichkeit seine Besorgnis äußerte. Wirtschaftsexperten sind sich einig, daß die von Mahathir eingeführte monetäre Kontrolle kurzfristig vielleicht eine Erholung im Inland bedeutet, sich aber langfristig sehr nachteilig auswirken wird. Es besteht die Gefahr, daß latent bestehende Konflikte zwischen den Ethnien, wie 1969 schon geschehen, aufbrechen könnten. Mittlerweile finden in Kuala Lumpur große Demonstrationen statt und es wird ein regelrechter Internet-Krieg geführt, wobei die malaiischen Behörden versuchen, Net-sites der Opposition unzugänglich zu machen.

Kommen wir zu Indonesien, wo "Krismon" (die monetäre Krise) zum kompletten Zusammenbruch der politischen Ordnung (*krisis total*) geführt hat. In den *Babad*, den traditionellen javanischen Reichschroniken, wird erklärt, wie ein Reich untergeht und von einem neuen Reich ersetzt wird. In einem dieser Manuskripte wird der Fall des größten frühmodernen javanischen Reiches Mataram auf folgende Weise beschrieben (Ricklefs 1987, S. 84-87):

Und dann kam die versprochene Zeit,  
als das Datum achtzehn war,  
verließ der Fürst seinen Palast.  
Alle seine Kinder folgten ihm und auch die Beamten.  
Nachts gab es Aufruhr,  
alle Häuser wurden in Brand gesetzt.  
"Verschwunden, vorbei, war das Gefühl der Welt".

Man braucht nicht viel Phantasie, um die Parallelen zwischen dem Sturz alter javanischer Königreiche und dem von Suharto, einem Javaner par excellence, zu sehen. Tatsächlich verließ Suharto kurz vor seinem politischen Ende Jakarta, auf dem Weg nach Ägypten. Weil er dort verblieb, geriet die Situation außer Kontrolle. Mitte Mai standen Teile der Millionenhauptstadt Jakarta in Flammen, während auf den Außeninseln schon seit Monaten die Wälder brannten. Dem Zyklus der javanischen Geschichte (von *tata*/Ordnung zur *gara gara*/Krise und umgekehrt) konnte Suharto sich nicht entziehen, und man kann sogar behaupten, daß die Geschichte sich anhand derartiger kulturgeprägter Erwartungen tatsächlich so entwickelt.

Auslöser der politischen Krise war die sich schnell verschlechternde Wirtschaftslage, die Suharto - so bekannte er selbst in einer Rede an die Volksversammlung -

wie ein plötzliches Unglück (*kecelakaan*) getroffen hat, weil dies die Grundlagen der nationalen Entwicklung (*pembangunan*) vernichtete. Die Studenten mit ihren monatelangen, immer mehr anschwellenden Protesten gegen Suharto und für eine friedliche Reform (*reformasi damai*) klopften immer lauter an die Festung der Macht. Es wurde nicht nur lautstark die Senkung der Preise (*turunkan harga*) verlangt, sondern auch der Rücktritt des Präsidenten (*tolak Suharto*), oder sogar, ihn aufzuhängen (*gantung Suharto*). Das Volk sympathisierte mit den Studenten, beteiligte sich aber zu diesem Zeitpunkt noch nicht.

Im März 1998 kamen die ersten konkreten Zeichen, daß das Heer Suharto nicht mehr bedingungslos unterstützte. Wiranto, der Befehlshaber, sprach zweideutig, weil er einerseits davor warnte, daß die Proteste in große Unordnung münden könnten, andererseits aber auch behauptete, den Forderungen nach Reformen positiv gegenüberzustehen. Amien Rais, der sich am lautesten zu Wort meldende Regimekritiker und Führer der Muhammadiyah, wurde am 27. März vom Oberhaupt der sozial-politischen Abteilung des Heeres, Yudhoyono, zu einem Gespräch eingeladen. Hinterher erklärte Rais, daß er eine starke Bereitschaft des Militärs gespürt hätte, auf die Forderungen des Volkes zu hören und seine Hoffnungen zu unterstützen (Tesoro, 17.04.1998). Anfang April gab es auch eine Begegnung zwischen Wiranto und den protestierenden Studenten. Bereits da war erkennbar, daß die Offiziere der mittleren Ränge im Heer ihre eigenen Interessen eher von einer unkontrollierten Volksrevolution bedroht sahen als von einem möglichen Rücktritt Suhartos, der vor allem die hohen Generäle in Jakarta treffen würde.

Über die Problemeinschätzung Suhartos brauchen wir uns keine Illusionen zu machen. Suharto sah sich selber, seine Familie oder das politische System nicht als Teil eines Problems. Er und seine Berater hatten wenig Verständnis für die globale Ökonomie und standen dem Kapitalismus wegen der kolonialen Vergangenheit mißtrauisch gegenüber. Schließlich hatten sie schon seit längerem den Kontakt zu der sich schnell ändernden Gesellschaft verloren (Schwarz, 24.03.98).

Der politische Überlebensinstinkt hatte Suharto noch nicht verlassen, jedoch muß man bei den Auseinandersetzungen zwischen dem Diktator und Vertretern des IWF unwillkürlich an die famosen Streitszenen zwischen den groben, rotfarbigen Monsterfiguren (*buta*) und der edlen javanischen Hauptfigur Arjuna im javanischen Schattenspiel denken. Zuerst wurde im Oktober 1997 ein erstes Abkommen zwischen Indonesien und dem IWF im Umfang von 18 Milliarden Dollar abgeschlossen. Danach wurde Suharto am 15. Januar 1998 ein demütigender Vertrag (Umfang 40 Milliarden US\$) auferlegt, wobei Camdessus sich nach javanischen Begriffen so unpassend verhielt, daß die Zeitung *Kompas* es nicht wagte, das Foto der Unterzeichnung zu publizieren.

Die verlangten Reformen wurden nicht durchgesetzt, weil die Demontage der Konglomerate Suhartos eigene Kinder hart treffen würde. Vielmehr verschaffte Suharto sich erneut Handlungsspielraum durch eine Eskapade über die mögliche Errichtung eines Währungsfonds. Am 11. März ließ er sich für fünf Jahre wiederum zum Präsidenten ernennen, rief die Bevölkerung auf, die Gürtel enger zu schnallen und kam vier Tage später mit einem "dynastischen" Kabinett an die Öffentlichkeit, in dem nicht nur seine eigene Tochter Tutut einen Ministerposten innehatte, sondern

auch ein chinesischer Geschäftsfreund, der Holzkönig Bob Hasan, sowie verschiedene andere Klienten der Familie Suharto und von Habibie.

Am selben Tag lief die Frist für eine neue Auszahlung von seiten des IWF ab, und sie wurde auch prompt verweigert. Vorher hatte Clinton Suharto schon viermal angerufen und gebeten, seinen Konfrontationskurs zu verlassen. Am 7. April kam es zu einem neuen Abkommen mit dem IWF, jedoch unter viel härteren Bedingungen als vorher. Am 2. Mai rief Suharto 55 Führer aus Regierungs- und Gesellschaftskreisen zu sich und kündigte an, daß er bis Ende seiner Amtszeit im Amt bleiben würde und daß hart gegen alles vorgegangen werden sollte, was die nationale Stabilität gefährden könnte.

Schließlich konnte er nur noch auf den wachsenden Widerstand der Studenten und der Mittelschicht reagieren, weltweit durch Internet miteinander verbunden. Mitte Mai kam dann die Endphase des Wayangspiels - der *Prang Sampak Tanggung*, eine gewaltsame Auseinandersetzung von zentraler Bedeutung. Am 4. und 5. Mai wurden die Preise für essentielle Konsumgüter und Energie sehr stark angehoben; ab diesem Moment wurden die Studenten von den Volksmassen unterstützt. Die großen Drahtzieher im Hintergrund nahmen ihre Positionen ein und versuchten die Gewaltspirale zu ihrem Vorteil in Bewegung zu setzen, gerade in dem Moment, als Suharto das Land verließ, um in Kairo an einer Konferenz der G-15 Entwicklungsländer teilzunehmen. Schließlich kam es zu einer Konfrontation zwischen den zwei *prajurit* (Militärs) Prabowo und Wiranto.

Die wichtigsten Ereignisse der letzten Tage der Neuen Ordnung sind folgende:

12. Mai: Sechs Studenten der Trisakti Universität in Jakarta werden von Polizeitruppen erschossen.
14. Mai: Große gewalttätige Unruhen in Jakarta, Solo und anderen Städten des Landes.
15. Mai: Suharto kehrt aus Ägypten zurück und gibt den Auftrag, hart gegen die Demonstranten vorzugehen. Die Benzinpreise werden leicht gesenkt.
16. Mai: Suharto kündigt Personalwechsel in seinem Kabinett an. Die Straßenproteste werden immer gewalttätiger, große *shopping malls* werden angezündet, es gibt Hunderte von Opfern; Ausländer flüchten in Panik zu den Flughäfen.
18. Mai: Der Wortführer im Parlament, Harmoko, ruft Suharto zum Rücktritt auf.
19. Mai: Suharto kündigt Neuwahlen an, Studentendemonstration vor dem Parlamentsgebäude.
20. Mai: Die vom Muslimführer Amien Rais angekündigte Millionendemonstration findet nicht statt, das Militär besetzt massiv Stellungen in der Hauptstadt.
21. Mai: Suharto tritt zurück, Vize-Präsident Habibie wird als neuer Präsident Indonesiens vereidigt.

Noch immer ist die Frage nach einem Systemwechsel in Indonesien nicht gelöst. Der in Deutschland ausgebildete Flugzeugingenieur und Vertraute Suhartos B.J. Habibie hat zwar in den Augen vieler Indonesier nicht genügend Legitimität, bisher hat er sich jedoch als geschickter Politiker mit viel Überlebensinstinkt bewiesen. Im

November sanktionierte eine Sitzung der Volksversammlung (MPR) die Gesetze, die im Mai oder Juni 1999 zu freien Wahlen führen müssen. Zugleich fanden in Jakarta wieder große Ausschreitungen statt, wobei wiederum Studenten vom Heer getötet und chinesische Geschäfte geplündert und in Brand gesetzt wurden. Der Machtkampf hat schon begonnen, wobei die Großparteien Muhammadiyah (angeführt von Amien Rais), Nahdatul Ulama (geleitet von Abdurrahman Wahid) und Partai Demokrasi Indonesia (unter Führung der Tochter Sukarnos) sich gegenüberstehen.<sup>1</sup> Unterdessen werden im NU-dominierten Ost-Java von Maskenträgern, sogenannten Ninjas, mysteriöse Morde an Geisterbeschwörern und Religiösen verübt, angeblich ein Versuch, die Bevölkerung dort einzuschüchtern. Wer die Drahtzieher sind, ist bisher unbekannt. Es ist zu erwarten, daß die Instabilität weiter andauern wird, wobei die Möglichkeit der Rückkehr zur Militärdiktatur nicht ausgeschlossen werden kann.

### III. Politische Kultur

Was sind die Implikationen dieser eingreifenden Wende für politische Kulturen in Südostasien? Termini wie *crony capitalism* oder Vetternwirtschaft sind viel zu simpel, um asiatische Wirtschaftssysteme zu beschreiben. Dabei ist es selbstverständlich, daß jedes Land seine eigene politische Kultur besitzt und daß durch Verallgemeinerung oder Verwendung irreführender Begriffe, wie z.B. "Feudalismus" oder Patrimonialismus die feinen Unterschiede zum größten Teil ignoriert werden. Patrimonialismus umfaßt eine ganze Reihe von Phänomenen, die mit Hierarchie, Status, Reziprozität und Personenbezug zu tun haben, die sich aber in jeder Situation anders gestalten. Es ist genau so undifferenziert, politische Systeme in Südostasien mit der Aussage zu charakterisieren, daß sie von Klientel-Verhältnissen bestimmt werden. Viel spezifischere Begriffe sind notwendig, und dabei sollten besser die von den Südostasiaten selbst gebrauchten Termini verwendet werden.

Der Begriff "Politische Kultur" wird hier im Sinne von einem oder mehreren normativen Werten/Schlüsselbegriffen gebraucht, die das Machtverhältnis zwischen Staat und Gesellschaft und dessen Legitimation beschreiben und regeln. Es wird in diesem Moment in fast ganz Südostasien eine neue politische Kultur "erfunden", weil die vorherige Dominanz des Staates über die Gesellschaft erheblich geschwächt wurde. Neue Staatschefs übernehmen populistische Ausdrücke in ihr politisches Vokabular. Diese aus oppositionellen Kreisen stammenden Begriffe werden verwendet, weil die modernisierten Erscheinungsformen von traditioneller Autorität einfach nicht länger geduldet werden. In Südostasien vor dem Ausbruch der Krise angewandte Begriffe wie Stabilität, Disziplin, Ordnung und traditionelle Werte sind heutzutage kontraproduktiv geworden. Die Politiker, die teilweise noch immer die etablierten Interessengruppen vertreten, versuchen durch die Verwendung von neuen Schlüsselbegriffen Legitimation zu erwerben, die endgültig zu Machterhaltung oder Machterwerb der Gesellschaft gegenüber führen sollen.

1 Rais bzw. Wahid haben inzwischen neue Parteien gegründet, die nationale Mandatspartei (PAN) und die nationale Erwachungspartei (PKB).

Was die Instrumente von Legitimation in Südostasien auf einer abstrakten Ebene sind, hat Alagappa überzeugend dargestellt. Er unterscheidet vier Kennzeichen, die hierarchisch gegliedert sind. Zuerst gibt es Werte, die bestimmen, wie das politische System funktionieren soll. Diese Werte werden historisch und kulturell kontextualisiert. Dabei ist Kultur nicht nur ein bereits allgemein geteiltes symbolisches System, sondern auch ein dynamisches Gefüge, das dauernd "wieder"-erfunden wird. Innerhalb dieser Werte gibt es zweitens Prozeduren und Regeln, die befolgt werden müssen. Drittens enthält Legitimation *good governance*, wobei nicht nur Gesetze eingehalten, sondern auch die Interessen der Gesellschaft berücksichtigt werden müssen. Schließlich müssen die Untertanen mit den Machthabern Einverständnis zeigen, wenn auch Form und Inhalt dieser Übereinstimmung vom jeweiligen Typ des Regimes abhängig sind (Alagappa 1995, S. 14-26). Auf allen vier Ebenen können in der letzten Zeit in Südostasien erhebliche Änderungen beobachtet werden.

Die kollektive Psychologie der Krise auf südostasiatischer Seite ist einfach sichtbar zu machen. Am Anfang stand ein mentaler Schock, weil die meisten noch niemals eine wirtschaftliche Rezession erlebt hatten. Dann kam natürlich die Schuldfrage und das Verweisen auf die Fremden (Amerikaner, Westeuropäer, auch Chinesen), um nicht eigenes Versagen eingestehen zu müssen. Tatsächlich gibt es in SOA schon deutliche Anzeichen des Wiederauflebens von nationalistischem Gedankengut. Südkoreaner zum Beispiel reden nicht von Wirtschaftskrise, sondern von der "IWF-Krise", es gibt ein sehr tief verwurzeltes Gefühl von Wir (*uri*) versus die Anderen (Shim 1998, S. 10-11). Schließlich kam es und kommt es noch immer zur inneren Verunsicherung, weil Werte ins Schwanken geraten – wohin sollen wir gehen?

In Indonesien hat die Ablösung Suhartos zu einer radikalen Wende in der politischen Sprache geführt. Unter der vergangenen Neuen Ordnung wurden von offizieller Seite Schlüsselworte wie *pembangunan* (Entwicklung) in Verbindung mit *kemajuan* (Fortschritt) und *kesejahteraan* (Wohlfahrt) verwendet, die alle positive Bewegung andeuteten. Gleichzeitig wurde jedoch Ordnung (*tata tertib* = Disziplin, *stabilitas dan keamanan* = Stabilität und Sicherheit) als Voraussetzung dieser Entwicklung angesehen (Hooker 1995, S. 277; Van Langenberg 1996 S. 225)

Die indonesischen Studenten haben eine neue politische Sprache eingeführt, erstaunlich direkt und konkret. Sie geht von der jungen Generation aus und ist auf das Volk bezogen. Studenten und Oppositionspolitiker sprechen über eine politische Reformbewegung, die zur Demokratie führen sollte (*reformasi untuk demokrasi*), sie richten sich gegen die Mitläufer aus der Suharto-Ära, bezeichnet als KKN-Leute (*tokoh KKN*, i.e. *kolusi, korupsi, nepotisme*), und sie verlangen eine saubere Regierung mit moralischer Autorität (*pemerintah yang bersih dan berwibawa*). Seit dem Rücktritt Suhartos gibt es eine chaotische Diskussion, was diese Reform konkret bedeuten und wie weit und wie schnell sie gehen sollte. Die Studenten protestieren noch immer, verlangen auch den Rücktritt Habibies sowie eine totale Reform. Andere Gruppen, wie die Suharto-Partei Golkar und Teile des Heeres, wollen eine eingeschränkte und vorsichtige Reform. Jeder entwickelt sein eigenes Programm, um den Begriff Reform mit Inhalten zu füllen (*mengisi reformasi*).

Es ist der neuen Regierung viel daran gelegen, diese Reform der politischen Kultur zu lenken. Der heutige und vorige Wirtschaftsminister Ginanjar Kartasasmita hat in einem Interview Anfang Juni 1998 erklärt, daß Reform und Revolution zwei verschiedene Dinge sind, daß Reform durch Zusammenarbeit von oben und unten durchgeführt werden sollte und daß Reform in vielen Ländern von Leuten an der Spitze initiiert wurde. Auch Jeltsin, Deng Xiaoping und andere waren Teil des Systems (*Time Asia*, 08.06.1998). Mittlerweile liefern Intellektuelle ihren Beitrag zur Diskussion. So stellte der Katholik Christiano Wibisono in einem Zeitungsartikel seine Reformagenda vor, die konkret folgende Dinge umfassen sollte: allgemeine freie Wahlen, Anerkennung der Funktion der Opposition, Durchführung der *Trias Politica* (Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative), eine freie Presse, freie Gewerkschaften usw. (Wibisono, 12.05.98).

Habibie versucht, die große Skepsis unter der Bevölkerung in seinen Vorteil umzuwandeln, indem er selbst die Führung des politischen Reformprozesses in die Hand nimmt. Er hat sein eigenes Kabinett als "Kabinet Reformasi Pembangunan" bezeichnet. Sein Regierungsstil ist unjavanisch, weil er das verwüstete Chinesenviertel von Jakarta besucht, politische Gefangene freigelassen und Vorschläge für ein neues Wahlgesetz gemacht hat. Zur Zeit überwiegen seitens der Gesellschaft die partikularistischen Tendenzen von Ethnie, Glaube und Religion und formieren sich fast ohne Koordination und Einigkeit. Außerhalb Javas, in Sumatra, Ost-Timor und in Irian Jaya leben ethnische und regionale Gefühle stark auf und führen zu neuen Unruhen.

Die Armee hat schon davor gewarnt, daß die Ansprüche auf mehr Offenheit nicht in Anarchie münden dürfen. Wiranto, Heeresoberbefehlshaber, erinnerte schon mehrmals daran, daß der Reformprozeß von einem System der Kontrolle und Einschränkung (*sistem kontrol dan pengendalinya*) begleitet sein muß. Das ist zu interpretieren als Demütigung von radikalen Studentengruppen und Organisationen wie Pijar, die eine *Reformasi Total* beanspruchen. Zugleich ist die Armee selbst noch in der Diskussion über ihre Rolle in der Zukunft. General Yudhoyono hat die Notwendigkeit einer neuen politischen Rollenverteilung anerkannt. Konkret könnte das bedeuten, daß die direkte Intervention des Militärs in der Politik, wie es in Südkorea, den Philippinen und Thailand schon der Fall ist, auch in Indonesien der Vergangenheit angehört (Richburg, 18.06.1998).

In Malaysia ist die Reformbewegung nach der Festnahme von Anwar Ibrahim in Gang gekommen. Anwar wird von seinen Anhängern im Internet als eine höchst moralische und saubere Person bezeichnet (*tokoh bermoral tinggi yang bersih*) und die Reformbewegung als eine prinzipielle, nach Wahrheit strebende und gerechte Angelegenheit (*persoalan prinsip, kebenaran* und *keadilan*). Saifuddin Nasution Ismail, ein ehemaliges Mitglied der Jugendorganisation der UMNO, beschuldigte die Führung der Regierungspartei, die UMNO als "Königreich" (*kerajaan*) zu führen und dabei die Spitzenmitglieder zu Stroh puppen zu machen (Saifuddin, 20.10.98).

Es liegt auf der Hand, daß dort, wo sich die Wirtschaftskrise am heftigsten ausgewirkt hat, die politische Kultur am stärksten in den Umgestaltungsprozeß einbezogen worden ist. In anderen Ländern ist der Wandel vielleicht weniger einschneidend, darf jedoch nicht unterschätzt werden. Thailand hat eine neue Verfassung, die

schon Mitte Juli 1997 von einem unabhängigen Komitee vorgelegt und Ende September 1997 als Teil der Krisenbewältigung verabschiedet worden ist. Die Politiker müssen künftig Stimmen ohne politische Patronage oder große Spenden von Lobbyisten werben. Neue Minister müssen vor ihrem Amtsantritt ihren persönlichen Besitz offenlegen. Es sollte zu mehr öffentlicher Beteiligung an der Politik kommen, indem ein größerer Teil des Parlaments durch proportionale Repräsentation besetzt wird. Aber bedeutet das wirklich, daß die Prozesse sich ändern, oder nur, daß sie sich im Verborgenen abspielen? Zur Zeit wird in Thailand viel von *thammarat* (einem Staat, der von Moral durchdrungen ist) gesprochen, die Bevölkerung verlangt fortan Führer mit hohen moralischen Grundsätzen.

#### IV. Fazit

Seit die Wirtschaftskrise im Sommer 1997 ihren Anfang genommen hat, ist Südostasien wirtschaftlich, sozial und politisch im Umbruch. Ist nun das Ende des asiatischen Ausnahmeweges zu erwarten, wie Francis Fukuyama vor kurzem behauptet hat? Oder ist das Unzutreffende der These von Samuel Huntington über das Aufeinanderprallen von Zivilisationen bewiesen, weil Länder in Südostasien mehr als früher demokratischen Forderungen der Bevölkerung entgegenkommen müssen, weil sie die Krisenmaßnahmen sozusagen politisch ausgleichen müssen (Donald Emmerston 1998, S.18-19)?

Für solche allgemeine Thesen scheint es mir noch viel zu früh. Außerdem ist ein Rückschlag im Prozeß der Bürgerbeteiligung durchaus noch möglich und in einem Land wie Indonesien sogar wahrscheinlich.

Wie können die durch Internet und die öffentlichen Medien schnell verbreiteten neuen politischen Kulturen Südostasiens in die Praxis umgesetzt werden? Verschiedene konkrete Ansatzpunkte stehen dabei auf dem Prüfstand:

Erstens, eine größere Dezentralisierung der Macht des Zentrums. Im Nordosten Thailands, in den ländlichen Gebieten, wird immer stärker gegen Regierungszentralismus agiert, für mehr lokale Autonomie und für eigene Bestimmung der lokalen Gemeinschaften über ihren Landbesitz votiert. In Thailand wurde tatsächlich ein kleiner Teil des Budgets von der Chuan Leekpai-Regierung auf die Regionen verlagert (Vatikiotis 1998, S. 19). In Indonesien wird nun für die Ost-Timor Provinz mehr Eigenständigkeit angeboten.

Zweitens, die Errichtung von Rechtsstaaten, wobei die Rechte der Bürger tatsächlich geschützt werden. Bürokratien sollten mehr als vorher den Bedürfnissen der Bürger dienen, anstatt ihren eigenen Interessen.

Drittens, mehr offene politische Arenen, in denen Interessengruppen aus der Gesellschaft direkt Einfluß ausüben können. Dabei muß man unterstreichen, daß dies etwas anderes bedeutet als das Muster der westlichen, liberalen Demokratie anzuwenden. Innerhalb der kulturellen Bedingungen der Region sind jedoch Pluralismus und mehr Bürgerbeteiligung sehr wohl denkbar. Die Tendenz, daß die Politik mit ihren Personenverbänden notwendigerweise zur Machtkonzentration führen wird, wird vielleicht umgekehrt. Ob diese Bewegung auch ohne den heutigen Druck von unten,

ausgelöst durch eine Verschlechterung der Lebensbedingungen, sich selbst verstärkend weitergeht, müssen wir noch abwarten. Es gibt in den südostasiatischen Ländern eine starke Tradition, wohlwollende Autorität, die für Stabilität sorgt, positiv zu bewerten. Konflikte sollten, wo möglich, auf geordnete Weise gelöst werden. Autorität sollte jedoch, anders als früher, direkter zur Verantwortung gezogen werden können. Dabei nähern sich wohlwollendes Autoritätsdenken und regulierte Bürgermitsprache an.

Viertens, Wirtschaftsstrukturen, die einerseits notwendigerweise besser den Bedingungen der globalen Wirtschaft dienen, aber genügend flexibel sind, um eigenständige Organisationsformen weiter zuzulassen. Transparenz und Verantwortlichkeit werden zwar bestimmte *checks and balances* fördern, aber eigene südostasiatische Marktkulturen, in denen die Regierung eine erhebliche Rolle spielt, werden sich auch in der Zukunft durchsetzen.

Es ist auffallend, daß dort, wo Politikwissenschaftler, in Nachfolge von Seymour Lipset, eine Korrelation zwischen Wirtschaftsentwicklung und zunehmender politischer Demokratisierung unterstellt haben, zumindest die Forderungen nach einer politischen Reform in Zeiten einer schweren Wirtschaftskrise laut werden. Trotz Staatsnähe von Teilen der Mittelschicht in Malaysia und Indonesien und einer Tendenz zum Verharren in autoritären Herrschaftsordnungen (Rüland 1998, S. 25-26, 273), gibt es großen gesellschaftlichen Druck zur Änderung, vor allem aus Kreisen der aufkommenden, teils eher zukünftigen Mittelschicht, vor allem von Akademikern und Studenten, die die Sympathie der leidenden Bevölkerung an sich gezogen haben. Sie berufen sich auf demokratische Traditionen, die zu den kulturellen Bedingungen Südasiens gehören, aber auch auf westliche Theorien von Gewaltenteilung. Auch deshalb, weil die Internet-Diskussion unter den in den Westen ausgewanderten und den inländischen Teilnehmern sich in der Muttersprache entfaltet, sind die Grenzen zwischen Westen und Osten nicht mehr sichtbar. Es ist vielleicht diese Art von inter- und intrakultureller politischer Ethik (wohin soll Reformation führen?), die Südostasien auf die Dauer am stärksten umgestalten wird.

## Literatur

- Abdullah, Taufik (1998), "The Clash of Civilizations: A Prognosis of the Future or the Lure of the Past", *Studi Islamika*, 5 (1998) 2, S. 7-95
- Ahuja, Vinod, Benu Bidani, Francisco Feirreira, Michael Walton (1997), *Everyone's Miracle? Revisiting Poverty and inequality in East Asia*. Washington: World Bank
- Alagappa, Muthiah (1995), "The Anatomy of Legitimacy", in: M. Alagappa (ed.), *Political Legitimacy in Southeast Asia. The Quest for Moral Authority*. Stanford: Stanford University Press, S. 11-30
- Anderson, B. (1998), "From Miracle to Crash", *London Review of Books*, 20 (1998) 8, <http://www.lrb.co.uk/v20n08/ande2008.htm>
- Badan Pusat Statistik – Indikator Ekonomi Juli 1998, <http://www.bps.go.id/execsum/macro0798.pdf>
- Breman, J., "Krismon in the Javanese Desa: the Dynamics of Inclusion and Exclusion in the Reconstruction of Indonesia's New Order Regime". Paper presented at the workshop on the Impact of the economic Crisis on Labour in Indonesia, Bandung, 12.-14. Juli 1998
- Camdessus, M., "Is the Asian Crisis Over?", Adress by Michel Camdessus at the National Press Club, 02.04.98, <http://www.imf.org/external/np/speeches/1998/040298.HTM>
- Emmerson, Donald (1998), "Economic Rupture as Political Rorschach: Paradigmatic Aspects of the East Asian Crisis", *Cambridge Review of International Affairs*, XI (1998) 2, S. 18-30



- Jomo K.S. (1997), *Southeast Asia's Misunderstood Miracle. Industrial Policy and Economic Development in Thailand, Malaysia and Indonesia*. Boulder: Westview
- Feldstein, M. (1998), "Overdoing it in Asia", *Foreign Affairs*, 77 (March/April 1998) 2, S. 20-33
- Fischer, Stanly (1998a), "The Asian Crisis: A View from the IMF", 22. Jan. 1998, <http://www.imf.org/external/np/speeches/1998/012298.HTM>
- Fischer, Stanly (1998b), "The Asian Crisis, the IMF, and the Japanese Economy", Tokio 08.04.98, <http://www.imf.org/external/np/speeches/1998/040898.HTM>
- Hooker, V.M. (1995), "New Order Language in Context", in: Idem (ed.), *Culture and Society in New Order Indonesia*. Singapur, S. 272-293
- Jayasankaran, S., "Read the Signs", *Far Eastern Economic Review*, 18.07.98, S. 18-20
- Keenan, Faith, Murray Hiebert und Salil Tripathi, "Deperate Measures", *Far Eastern Economic Review*, 10.09.98, S. 10-13
- Langenberg, M. van (1996), "Negara Orde Baru: Bahasa Ideologi, Hegemoni", in: Ariel Heryanto (ed.), *Bahasa dan kekuasaan. Politik wacana di panggung orde baru*. Jakarta: Mizan, S. 223-245
- Martin, Hans-Peter und Harald Schumann (1996), *Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt
- Miller, Merton, "Asia's Crisis: it's the weak yen's fault", *Business Times Online*, 22.01.1998
- Naisbitt, John (1995), *Megatrends Asien. Acht Megatrends, die unsere Welt verändern*. Wien: Signum
- Noland, Marcus, "The Financial Crisis in Asia", Statement before the House International Relations Committee, 4. Februar 1998, <http://www.iie.com/jmn2-3.htm>
- Richburg, Keith B., "Indonesian Army in Political retreat", *Washington Post Foreign Service*, 18.06.98
- Ricklefs, M.C. (1978), *Modern Javanese Historical Tradition. A Study of an Original Kartasura Chronicle and Related Materials*. London: SOAS
- Rüland, J. (1998), *Politische Systeme in Südostasien. Eine Einführung*, Landsberg a.L.: Günter Olzog
- Sachs, Jeffrey, "IMF is a Power unto itself", *Financial Times*, 11.12.1997, S. 21
- Schwarz, Adam, "Economic and Political turmoil in Indonesia". Testimony at a hearing of the foreign relations committee of the United States Senate, 24.03.98. Federal Document Clearing House 1998
- Tesoro, Jose Manuel, "Unusual Invitations", *Asiaweek*, 17.04.98, <http://www.pathfinder.com/asiaweek/97/0417/nat3.html>
- Time Asia Online*, 08.06.1998, [http://www.pathfinder.com/time/asia/magazine/1998/980608/ginanjar\\_interview](http://www.pathfinder.com/time/asia/magazine/1998/980608/ginanjar_interview)
- Saifuddin Nasution Ismail, "Kenyataan Akhbar Gerakan Reformasi", Bangkok, 20.10.98, [http://members.tripod.com/~Anwar\\_Ibrahim/saif.htm](http://members.tripod.com/~Anwar_Ibrahim/saif.htm)
- Shim Jae Hoon, "Biting the Bullet", *Far Eastern Economic Review*, 29.01.98, S. 18
- Shim Jae Hoon, "Unlocking the Citadel", *Far Eastern Economic Review*, 26.03.98, S. 10-12
- Vatikiotis, M., "Power to the People", *Far Eastern Economic Review*, 09.07.1998, S. 18-19
- Wibisono, Christianto, "Agenda Reformasi Politik", *Suara Pembaruan*, 12.05.98, <http://www.suarapembaruan.com/News/1998/05/120598/Headline/h103/h103.html>
- Worldbank, *Indonesia in Crisis. A Macroeconomic Update*. Washington, 16. Juli 1998